Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

vom 27.04.2017

Beginn: 18:00 Uhr

Schluss: 19:15 Uhr

Anwesend:**Vorsitzender**

Herr Bürgermeister Achim Deinet

fraktionslos

Frau Susanne Diesch

ab 18:25 Uhr anwesend

CDU-FraktionHerr Norbert Bader
Herr Albert Daiber
Herr Gerhard Delle
Herr Franz Frick
Herr Norbert Westhäußer**FUB/BL-Fraktion**Frau Carmen Britsch
Herr Alexander Eisele
Herr Roland Eisele
Herr Rainer Härleanwesend ab 18:25 Uhr bis
19:15 Uhr**FWV-Fraktion**Herr Thomas Oberhaus
Herr Hans SteyerHerr Wolfgang Dangel
Herr Frank Landthaler
Herr Thomas Maier
Herr Frank Spähn
Frau Angelika Wiedmer**Ortsvorsteher**

Herr Guido Klaiber

ab 18:30 Uhr anwesend

Herr Stefan Koch

Herr Karl-Anton König

ab 18:30 Uhr anwesend

Protokollführer

Herr Hans Walser

VerwaltungHerr Günter Bechinka
Herr Siegfried Gnann
Herr Carsten Kubot

Nach Eröffnung der Verhandlung stellt der Vorsitzende fest, dass zu der heutigen Sitzung durch Ladung vom 11.04.2017 ordnungsgemäß eingeladen worden ist; Zeit, Ort und Tagesordnung für den öffentlichen Teil der Sitzung am 20.04.2017 ortsüblich bekanntgegeben worden sind; das Kollegium beschlussfähig ist, weil 17 Mitglieder anwesend sind.

Abwesend:**CDU-Fraktion**

Herr Peter Vollmer

entschuldigt (Urlaub)

FUB/BL-Fraktion

Herr Jürgen Falkenstein

entschuldigt (geschäftlich)

**Als Urkundspersonen wurden ernannt: Bürgermeister Deinet
Stadtoberinspektor Walser**

Hierauf wurde in die Beratung der auf der Tagesordnung stehenden Beratungsgegenstände eingetreten und beschlossen:

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Öffentlich:

1. **Begrüßung und Anfragen aus der Bürgerschaft**
2. **Erarbeitung einer Kindergartenkonzeption**
 - **Beauftragung zur Untersuchung der bisherigen Einrichtungsstandorte**
 - **Untersuchung der alternativen Standorte**
3. **Vorkaufsrechte**
 - 3.1 **Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts für Flst. 197/65**
 - 3.2 **Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts für die Flst. 199/1, 199/3 und 200/3 in Roppertsweiler**
4. **Bürgerbudget 2017**
 - a) **Beratung**
 - b) **Beschlussfassung**
5. **Beitritt zum Landschaftserhaltungsverband (LEV) im Landkreis Biberach**
6. **Jahresrechnung 2016 des Eigenbetriebs städt. Abwasserbeseitigung**
 - a) **Beratung**
 - b) **Beschluss**
7. **Abwassergebühren;**
hier: Ausgleich Kostenüber- und unterdeckungen und gebührenfähige Zinsen 2016
 - a) **Beratung**
 - b) **Beschluss**
8. **Beitrittsbeschluss zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans städt. Abwasserbeseitigung der Stadt Bad Schussenried für das Jahr 2017**
9. **Beitrittsbeschluss zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans städt. Wasserversorgung der Stadt Bad Schussenried für das Jahr 2017**
10. **Bekanntgaben und Verschiedenes**
11. **Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**
12. **Anfragen aus dem Gemeinderat**
13. **Anfragen aus der Bürgerschaft**

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 1****Begrüßung und Anfragen aus der Bürgerschaft**

Bürgermeister Deinet eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden, darunter zahlreiche Zuhörer, recht herzlich. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß eingeladen wurde und das Gremium beschlussfähig ist.

Danach gratuliert er nachträglich den Stadträten Daiber, Delle und Falkenstein zum Geburtstag. Änderungen zur Tagesordnung werden nicht gewünscht.

Anfragen aus der Bürgerschaft erfolgen keine.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 2****Erarbeitung einer Kindergartenkonzeption
- Beauftragung zur Untersuchung der bisherigen Einrichtungsstandorte
- Untersuchung der alternativen Standorte**

Der Gemeinderat hat sich in seiner Sitzung am 22.09.2016 mit der Erarbeitung einer Kindergartenkonzeption beschäftigt. Im Mittelpunkt dieser Sitzung stand die Information über die Grundsätze einer heutigen Kinderbetreuung.

Die Vertreterin des Landesverbandes Katholischer Kindertagesstätten informierte den Gemeinderat über die einzelnen Möglichkeiten der Kinderbetreuung. Danach fanden zwei Besichtigungen von Kinderbetreuungseinrichtungen statt. Zum einen wurden Kindergärten im Bereich der Stadt Bad Schussenried und zum anderen Einrichtungen in der näheren Umgebung besichtigt.

Am 25.03.2017 fand eine nichtöffentliche Gemeinderatssitzung statt, in der sich der Gemeinderat über die zukünftige Strategie bei der Kinderbetreuung ausgetauscht hat. Dort wurde unter anderem beschlossen, alle Standorte der Kindertagesbetreuung sollen unabhängig vom Eigentum des Gebäudes, auf den baulichen Bedarf in den nächsten 5 bis 10 Jahren untersucht werden. Die Kostenschätzungen hierfür sollen nur grob ermittelt werden. Die möglichen Standorte für eine neue Einrichtung sollen nach ihrer Geeignetheit und Verfügbarkeit untersucht werden. Ein Anbau an den Kindergarten Spatzennest soll untersucht werden. Aus der aktuellen Einwohnerentwicklung sowie dem Bevölkerungszuwachs aus den Neubaugebieten ergeben sich aufgrund der Bevölkerungsfortschreibung ein Bedarf von voraussichtlich zwei zusätzlichen Kindergartengruppen und eine zusätzliche Krippengruppe. Es soll untersucht werden, wie dieser zusätzliche Bedarf und an welchem Standort gedeckt werden kann. Im Übrigen wird auf die Beratung in der Sitzung am 25.03.2017 verwiesen.

Hauptamtsleiter Bechinka erläutert den Sachverhalt.

Er berichtet u.a., dass aufgrund des Bevölkerungszuwaches in den Neubaugebieten, voraussichtlich zwei zusätzliche Kindergartengruppen und eine zusätzliche Kindergruppe benötigt werde.

Stadtrat A. Eisele von der FUB/BL-Fraktion bedankt sich für die geleistete Arbeit und findet, dass jetzt noch die Art der Ermittlung zu klären sei.

Bauamtsleiter Gnann erklärt, dass das Bauamt diese Untersuchung personell nicht leisten könne und schlägt vor, ein Gebäude herauszunehmen und exemplarisch aufzunehmen. Dann habe man einen Vorgang, welche Angaben aufzunehmen zu seien. Dieser soll ampelartig aufgebaut werden.

Die anderen Fraktionen stimmen dem Vorschlag zu.

Der Beschlussvorschlag wird entsprechend abgeändert.

Danach ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, alle Standorte der Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu untersuchen, unabhängig vom Eigentümer des Gebäudes auf den baulichen Bedarf in den nächsten 5 bis 10 Jahren. Die Kostenschätzungen hierfür sollen nur überschlägig ermittelt werden. Der Gemeinderat stellt die hierfür notwendigen finanziellen Mittel zur Verfügung.

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Pilotprojekt zu untersuchen und dann dem Technischen Ausschuss vorzulegen. Als Pilotprojekt wird der Kindergarten Spatzennest festgelegt.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

2. Die möglichen Standorte für eine neue Einrichtung sollen nach ihrer Geeignetheit und Verfügbarkeit untersucht werden. Der Anbau an den Kindergarten Spatzennest soll untersucht werden. Gleichzeitig soll eine kurzfristige Lösung für eine zeitnahe Bedarfsdeckung ermittelt werden.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 3****Vorkaufsrechte**

Auf die Unterpunkte 3.1 und 3.2 wird verwiesen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 3.1****Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts für Flst. 197/65
in Bad Schussenried**

Der Verwaltung wurde gemäß § 28 BauGB eine Abschrift eines Kaufvertrages zugesandt, zur Überprüfung ob ein gemeindliches Vorkaufsrecht besteht, ausgeübt wird, oder nicht. Für das im Kaufvertrag genannte Grundstück

Flst. 197/65, Maybachstraße, Gebäude- und Freifläche, 920 m²

besteht die Voraussetzung für die Ausübung eines Vorkaufsrechts. Für das im Kaufvertrag genannte Flst. 197/61, 1/3 Miteigentumsanteil an der Privaterschließungsstraße besteht kein Vorkaufsrecht, da dieses nicht überwiegend mit Wohngebäuden bebaut werden kann.

Nach dem Bebauungsplan „Mangenweiher III“ 3. Änderung, inkraftgetreten am 22.08.2014, handelt es sich bei Flst. 197/65 um eine Fläche, die überwiegend mit Wohngebäuden bebaut werden kann, aber derzeit noch unbebaut ist.

Nach § 24 Abs. 1 Ziffer 6, besteht grundsätzlich ein Vorkaufsrecht. Aufgrund der Wertgrenzen wäre der Technische Ausschuss für die Entscheidung zuständig, aber aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit erfolgt eine Beratung im Gemeinderat.

Da die Fläche bereits schon einmal im Eigentum der Stadt stand, wird vorgeschlagen, das Vorkaufsrecht nicht auszuüben.

Hauptamtsleiter Bechinka erläutert den Sachverhalt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Das der Stadt zustehende Vorkaufsrecht für Flst. 197/65 an der Maybachstraße wird nicht ausgeübt

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 3.2****Entscheidung über die Ausübung eines Vorkaufsrechts
für die Flst. 199/1, 199/3 und 200/3 in Roppertsweiler**

Der Verwaltung wurde gemäß § 28 BauGB eine Abschrift eines Kaufvertrags zugesandt, zur Überprüfung, ob ein gemeindliches Vorkaufsrecht besteht, ausgeübt wird oder nicht.

Für die im Kaufvertrag genannten Grundstücke

Flst. 199/1, Mittelesch, landwirtschaftliche Fläche mit 710 m²

Flst. 199/3, Am Reutele, Verkehrsfläche mit 155 m²

Flst. 200/3, Am Reutele, Landwirtschaftsfläche mit 722 m²

besteht für Flst. 199/3 die Voraussetzungen für die Ausübung eines Vorkaufsrechts nicht, da es sich um einen Weg handelt, der somit nicht mit Wohngebäuden überbaut werden kann.

Flst. 199/1 soll mit einer Teilfläche von 593 m² veräußert werden. Hierzu besteht das Recht zur Ausübung eines Vorkaufsrechts.

Flst. 199/1 grenzt direkt an den Bebauungsplan „Schussenursprung II“ an und ist an zwei weiteren Seiten direkt von Wohngebäuden umgeben, so dass es sich hier um einen Innenbereich nach § 34 Abs. 2 BauGB handelt, der mit Wohngebäuden überbaut werden kann und somit die Möglichkeit zur Ausübung eines Vorkaufsrechts besteht.

Bei Flst. 200/3 liegen diese Voraussetzungen ebenso vor.

Aufgrund der Wertgrenzen wäre der Technische Ausschuss für die Entscheidung zuständig, aber aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit erfolgt eine Beratung im Gemeinderat.

Die Verwaltung schlägt vor, dass der Stadt zustehende Vorkaufsrecht für beide Flächen nicht auszuüben.

Hauptamtsleiter Bechinka erläutert den Sachverhalt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Das der Stadt zustehende Vorkaufsrecht für die Flst. 199/1 und 200/3, am Reutele in Roppertsweiler wird nicht ausgeübt.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 4****Bürgerbudget 2017****a) Beratung****b) Beschlussfassung**

Bei diesem Tagesordnungspunkt ist Stadtrat Oberhaus befangen, da er Vorstand des Fischereivereins ist. Er verlässt den Ratstisch.

In der beiliegenden Tabelle (s. Anlage) sind die aktuell vorliegenden Bürgerbudgetanträge aufgelistet.

Weiterhin ergänzend waren der Sitzungsvorlage die Richtlinien des Gemeinderats beigefügt. Zu den einzelnen Antragstellungen ist anzumerken, dass Teilbeträge von der Verwaltung gemäß diesen Richtlinien, wie in der Tabelle ersichtlich, gekürzt wurden. Die Beträge werden immer erst nach Vorlage der Rechnung und nach Überprüfung ausbezahlt.

a) Stadtkämmerer Kubot erläutert die verschiedenen Anträge. Es ergehen kurze Zwischenfragen nach der Abwicklung. Bürgermeister Deinet verweist auf die Satzung und die dazugehörigen Richtlinien. Danach fragt er nach, ob en bloc abgestimmt werden kann. Das Gremium stimmt dem zu.

b) Danach ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt über die eingegangenen Bürgerbudgetanträge und beauftragt die Verwaltung, eine Abwicklung im Rahmen der Haushaltsvorgaben, vorzunehmen.

Die einzelnen Anträge sind in beiliegender Anlage aufgeführt. Die Anlage wird Bestandteil des Protokolls.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Stadtkämmerei	Az.: 902.41/2017	Aufstellung der Anträge nach neuer Richtlinie (GR-Beschluss 25.04.2013)		Bad Schussenried, den 12.04.2017				
Aufstellung der Anträge über Zuschüsse aus dem Bürgerbudget (der Vergabevorschlag der Verwaltung orientiert sich an den Richtlinien)								
Antragsteller	Antragsdatum	Antragsbegründung	Genehmigungsfähig nach Richtlinien ja nein	Anschaffungs-/ Herstellungskosten	vorgeschlagene Förderung	GR- Beschluss	Auszahlung am	Erläuterungen der Verwaltung
Schützengilde Bad Schussenried	14.01.2017	Generalsanierung der Bogenhalle 1.Bauabschnitt	x	15.560,03 €	3.400,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Kreisjägervereinigung Biberach e.V., Hegering Bad Schussenried	27.01.2017	Anschaffung eines Pkw-Anhängers zum Transport und Aufbewahrung für	x	6.829,00 €	3.400,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Liederkranz Bad Schussenried 1859 e.V.	06.02.2017	Beschaffung einer Verstärkeranlage	x	3.990,80 €	2.624,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Narrenzunft Bad Schussenried e.V. 1949	14.02.2017	Beschaffung von 20 Bierischgarnituren	x	2.577,54 €	1.600,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Fischer und Naturschutzverein e.V. Bad Schussenried	20.02.2017	Kauf eines Fischerbootes	x	5.078,92 €	3.400,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
ASV Bad Schussenried	23.02.2017	Beschaffung Trainingsanzüge	x	2.548,02 €	1.500,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Musikverein Steinhausen-Muttensweiler e. V.	21.02.2017	Anschaffung eines Kombinierten Schlagzeuges	x	5.200,00 €	3.200,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
VdK Ortsverband Bad Schussenried	28.02.2017	Anschaffung von Ballschalen	x	143,54 €	129,19 €			Genehmigung durch Bürgermeister Deinet, wie in der Satzung bei Sonderberechtigung beschrieben.
Reit- und Fahrverein Bad Schussenried e.V.	01.03.2017	Neubau eines Trainingsplatzes	x	5.997,60 €	3.400,00 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
Verein zu Waldorfpädagogik e.V. Bad Schussenried	03.03.2017	Anschaffung eines Garnitursets für den Außenbereich	x	4.547,81 €	2.999,81 €			Förderung entspricht den Richtlinien.
		Gesamtsumme:		52.473,26 €	25.653,00 €			
		Haushalts-Ansatz 2017			42.755,00 €			
		Kostenstelle: 001000; KTR: 11140010 Sachkonto 4318000						
		Davon max. 60 % für Aprilsitzung				25.653,00 €		
		40 % Oktobersitzung				17.102,00 €		
		Restbetrag:				17.102,00 €		

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 5****Beitritt zum Landschaftserhaltungsverband (LEV) im Landkreis Biberach**

Seitdem das Land Baden-Württemberg im Jahre 2011 die institutionelle Förderung von Landschaftserhaltungsverbänden (LEV) ausgebaut hat, haben nahezu alle Landkreise in Baden-Württemberg einen LEV gegründet.

Je nach Arbeitsschwerpunkten und regionalen Bedürfnissen werden damit für und mit den Kommunen, Land- und Forstwirten sowie dem Naturschutz z.B. die Umsetzung von Landschaftspflegemaßnahmen oder Beratungsangebote zu den Agrar- und Umweltprogrammen optimiert.

Der Landkreis hat sich nach Vorgesprächen mit dem Bauernverband BC-SIG erstmals mit dem Thema im Kreistags-Ausschuss für Umwelt und Technik am 30.06.2015 beschäftigt.

Nach intensiver Diskussion der Satzung und Ziele hat der Kreistag am 21.04.16 ebenfalls das Thema LEV beraten. Gegenstand der Beratung war insbesondere die Frage aus den Reihen der Kommunen, ob hier möglicherweise eine Parallelstruktur zur bestehenden Staatlichen Naturschutzverwaltung aufgebaut werden soll und die Kommunen nun zusätzliche Einschränkungen über die bereits bestehenden naturschutzrechtlichen Restriktionen hinaus zu dulden hätten?

Im letzten Jahr konnten diese Bedenken weitestgehend ausgeräumt und die Zielsetzungen und Aufgaben klarer definiert werden. Auch durch die satzungsmäßigen Regelungen hinsichtlich der Besetzung der Organe wurden diese Bedenken weitestgehend zerstreut. Außerdem wurde beschlossen, dass den Kommunen keine direkten Kosten entstehen, sondern diese vom Landkreis getragen werden. Somit können alle Kommunen und vor allem die auf der Fläche Tätigen vom LEV profitieren.

Am 06.04.17 wurde der LEV im Landkreis BC e.V. gegründet und die Gremien alle einstimmig mit den vorgeschlagenen Personen sowohl für den Vorstand als auch den Fachbeirat besetzt.

Die Satzung des LEV hat der Sitzungsvorlage beigelegt.

Der Zweck und die Aufgaben des LEV ergeben sich aus § 2 der Satzung.

Damit der LEV die Arbeit aufnehmen kann, werden nun die notwendigen Stellen des Geschäftsführers und seines Stellvertreters ausgeschrieben.

Als Arbeitsfelder des LEVs sollen folgende Bereiche koordiniert und gestärkt werden:

1. Unterstützung der Landwirte im Bereich der Förderung aus der Landschaftspflege-Richtlinie
2. Erhaltung von Feuchtwiesen und Mooren
3. Zuarbeit für die Kommunen beim ausgleichsflächen-Management und Ökopunkte-Konto
4. Bibermanagement

Kostenregelung:

Die Einrichtung des LEV ist mit Gesamtkosten von rund 150.000,-€ verbunden. Diese setzen sich aus den Personalkosten (rd.110.000,-€/2 St. in EG 11 und EG 10) sowie Sachkosten in Höhe von ca. 40.000,-€ zusammen.

Das Land Baden-Württemberg stellt für jeden LEV Finanzmittel für 1,5 Stellenäquivalente bereit, wenn 25 % der Personalkosten vom LEV-Verein getragen werden. Diese trägt beim LEV BC e.V. der Landkreis BC.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

Zudem erhält der Landkreis BC Landesmittel für eine zusätzliche Personalstelle im Bereich NATURA-2000 zur Unterstützung bei der Umsetzung dieses europäischen Naturschutzprogrammes.

Der Stadt Bad Schussenried entstehen somit keine Kosten – allerdings über die Kreisumlage.

Bürgermeister Deinet erläutert den Sachverhalt.

Er führt aus, dass der Kreistag das Thema ausführlich beraten habe.

Am 06.04.2017 wurde der LEV e.V. gegründet.

Für die einzelnen Gemeinden entstehen keine Kosten. Evtl. anfallende Gebühren übernimmt der Landkreis.

Im Vorstand des Vereins ist Bürgermeister Diesch von Bad Buchau und Herr Karremann aus Schwendi.

Stadtrat A. Eisele von der FUB/ BL-Fraktion erklärt, dass er sich der Stimme enthalten werde, da er bereits bei der Kreistagssitzung dabei war und Bedenken habe, weil die Naturschutzbehörden für diese Aufgaben zuständig seien.

Bürgermeister Deinet erwidert, dass dieses im Kreistag ausführlich diskutiert wurde.

Danach ergeht bei 3 Enthaltungen, ansonsten Zustimmung folgender

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den Beitritt zum Landschaftserhaltungsverband (LEV) des Landkreises Biberach e.V.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 6****Jahresrechnung 2016 des Eigenbetriebs städt. Abwasserbeseitigung****a) Beratung****b) Beschluss**

Die Stadtkämmerei legt die Jahresrechnung 2016 der städt. Abwasserbeseitigung vor, mit der Bitte um Beschlussfassung im Gemeinderat.

Der Vorgang wurde bereits im Technischen Ausschuss am 06.04.2017 vorbereitet mit dem Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat.

a) Stadtkämmerer Kubot berichtet, dass sich bei Erträgen von 1.905.413 € und Aufwendungen von 1.757.481 €, ein Gewinn von 147.931 € ergibt. Dies ist in der Hinsicht bemerkenswert, dass im Wirtschaftsplan eine Überdeckung von 153.000 € eingeplant war.

Die Schuldenreduzierung erfolgte planmäßig. Der Stand wurde von 4.205.491 € auf 3.791.758 € reduziert.

Während des Jahres musste im Bereich der Alten Säge eine Kanalnotmaßnahme durchgeführt werden.

b) Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der Jahresrechnung der städt. Abwasserbeseitigung 2016 zuzustimmen.

Die Jahresrechnung ist in der Anlage beigefügt und wird Bestandteil des Protokolls.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

1. Feststellung des Jahresabschlusses

Bilanzsumme	13.992.888,91 EUR
davon entfallen auf der Aktivseite auf	
- das Anlagevermögen	13.671.172,15 EUR
- das Umlaufvermögen	321.716,76 EUR
davon entfallen auf der Passivseite auf	
- das Eigenkapital 429.391,01 EUR	
- die empfangenen Ertragszuschüsse	8.863.421,00 EUR
- die Rückstellungen	11.401,00 EUR
- die Verbindlichkeiten	4.688.675,90 EUR
Jahresüberdeckung	147.931,83 EUR
Summe der Erträge	1.905.413,58 EUR
Summe der Aufwendungen	1.757.481,75 EUR

2. Verwendung der Jahresüberdeckung

auf neue Rechnung vorzutragen	147.931,83 EUR
-------------------------------	----------------

3. Der Betriebsleitung Entlastung zu erteilen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 7****Abwassergebühren;****hier: Ausgleich Kostenüber- und unterdeckungen und gebührenfähige Zinsen 2016****a) Beratung****b) Beschluss**

Gemäß den Vorgaben des Kommunalabgabengesetzes (KAG) sind Kostenüber- und unterdeckungen, die sich am Ende des Bemessungszeitraumes ergeben, bei ein- oder mehrjähriger Gebührenbemessung innerhalb der folgenden fünf Jahre, auszugleichen. Der Ausgleich von Kostenüber-/unterdeckungen wird nur durch die Einstellung in eine Gebührenkalkulation und einen entsprechend beschlossenen Gebührensatz oder durch einen ausdrücklichen Beschluss des Gemeinderats die gegenseitige Verrechnung bewirkt.

Rest Überdeckung 2015	+ 7.360,26 €
Überdeckung 2016	+ 147.931,83 €
Gebührenfähige Zinsen 2016	- 18.054,93 €
	<hr/>
	+ 137.237,16 €

Überdeckungen/Unterdeckungen

Die Überdeckung in Höhe von 137.237,16 € aus der Jahresergebnis 2016 muss bis zum Jahr 2021 ausgeglichen werden.

Dieser Punkt wurde bereits im Technischen Ausschuss am 06.04.2017 vorberaten mit dem Empfehlungsbeschluss an den Gemeinderat zuzustimmen.

Stadtkämmerer Kubot erläutert den Sachverhalt.

Bei der Gebührenkalkulation wurde ein durchschnittlicher Zinssatz von 4,13 % ermittelt und der Straßenentwässerungsanteil berücksichtigt.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den Jahresabschluss 2016, den Ausgleich der Kostenüber- und unterdeckungen 2016.

Der Gemeinderat beschließt weiter der Berechnung der „gebührenfähigen Zinsen“ und des Straßenentwässerungskostenanteils sowie der Bauzeitzinsen mit dem durchschnittlichen Zinssatz von 4,13 % zuzustimmen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 8****Beitrittsbeschluss zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans städt. Abwasserbeseitigung der Stadt Bad Schussenried für das Jahr 2017**

Das Landratsamt Biberach hat mit Schreiben vom 28.03.2017 die Prüfung der Gesetzmäßigkeit für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs städt. Abwasserbeseitigung vorgenommen.

Unter Ziffer I. ist die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses des Gemeinderats vom 09.02.2017 unter der Auflage bestätigt, dass „künftig es zu unterlassen ist, Überbrückungshilfen aus der Einheitskasse des städtischen Haushalts zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan des Eigenbetriebs zu veranschlagen.“ Grundlage ist, dass die Stadt zur Vermeidung von zusätzlichen Darlehen im Bereich des Eigenbetriebs städt. Abwasserbeseitigung Liquidität aus Mitteln des städtischen Haushalts bereitstellt. Die Darstellung erfolgt im jeweiligen Wirtschaftsplan im Bereich Kredite / kurzfristige Liquiditätsüberbrückung. Eine zusätzliche Erläuterung ist Bestandteil des jeweiligen Wirtschaftsplans.

Stadtkämmerer Kubot erläutert den Sachverhalt.

Auf Empfehlung des Landratsamts Biberach ist hierzu ein Beschluss herbeizuführen. Bürgermeister Deinet ergänzt, dass dies aus formellen Gründen notwendig sei.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den aufsichtsbehördlichen Genehmigungsbedingungen aus der Genehmigungsverfügung des Landratsamts Biberach vom 28.03.2017 beizutreten. Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige Investitionen in den Eigenbetrieben im Bedarfsfall, mit Kreditermächtigungen zu unterlegen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 9****Beitrittsbeschluss zur Prüfung der Gesetzmäßigkeit des Wirtschaftsplans städt. Wasserversorgung der Stadt Bad Schussenried für das Jahr 2017**

Das Landratsamt Biberach hat mit Schreiben vom 28.03.2017 die Prüfung der Gesetzmäßigkeit für den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs städt. Wasserversorgung vorgenommen.

Unter Ziffer I. ist die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses des Gemeinderats vom 09.02.2017 unter der Auflage bestätigt, dass „künftig es zu unterlassen ist, Überbrückungshilfen aus der Einheitskasse des städtischen Haushalts zur Finanzierung von Investitionen im Vermögensplan des Eigenbetriebs zu veranschlagen.“ Grundlage ist, dass die Stadt zur Vermeidung von zusätzlichen Darlehen im Bereich des Eigenbetriebs städt. Wasserversorgung Liquidität aus Mitteln des städtischen Haushalts bereitstellt. Die Darstellung erfolgte im jeweiligen Wirtschaftsplan im Bereich Kredite / kurzfristige Liquiditätsüberbrückung. Eine Zusätzliche Erläuterung ist Bestandteil des jeweiligen Wirtschaftsplans.

Stadtkämmerer Kubot erläutert den Sachverhalt.

Auf Empfehlung des Landratsamtes Biberach ist hierzu ein Beschluss herbeizuführen. Bürgermeister Deinet ergänzt, dass dies aus formellen Gründen notwendig sei.

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

einstimmiger Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, den aufsichtsbehördlichen Genehmigungsbedingungen aus der Genehmigungsverfügung des Landratsamtes Biberach vom 28.03.2017 beizutreten.
Die Verwaltung wird beauftragt, zukünftige Investitionen in den Eigenbetrieben im Bedarfsfall, mit Kreditermächtigungen zu unterlegen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 10****Bekanntgaben und Verschiedenes****Baugebiet Schussenursprung**

Bauamtsleiter Gnann berichtet, dass witterungsbedingt die Asphaltierung am 08.05.2017 stattfindet.

Gebäude Konradstraße 7

Ab 01.05.2017 wird das Gebäude Konradstraße 7 von der Stadt übernommen.

Bürgermeister Deinet teilt mit, dass die meisten Bewohner im Hause verbleiben könnten.

Lediglich der Status hat sich geändert.

Die Stadt hat die Anschlussunterbringung durchzuführen. In diesem Zusammenhang berichtete Bürgermeister Deinet über ein Gespräch mit den Ehrenamtlichen Helfern bezüglich der weiteren Betreuung.

Der Ausbau des Untergeschosses wird in Kürze erfolgen.

Zellerseefreibad

Hauptamtsleiter Bechinka berichtet, dass beschlossen wurde einen Dienstleister (PVM) mit der Badeaufsicht zu beauftragen. Für einen notwendigen Wachturm für die Aufsicht entstehen Kosten von voraussichtlich 10.000 Euro.

Stadtrat Härle erkundigt sich nach der Notwendigkeit.

Tor am Holzhof

Stadtkämmerer Kubot berichtet, dass das Verfahren bezüglich des Weges läuft.

Gerichtsverfahren im Beitragswesen

Die laufenden Gerichtsverfahren wurden seitens der Stadt alle gewonnen.

Einzelhandelsgutachten

Der Auftrag wurde an die Fa. Immakomm vergeben.

Das Erstgespräch findet am 15.05.2017 statt. Der Handel- und Gewerbeverein ist mit dabei.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 11****Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse**

In der letzten Gemeinderatssitzung wurden keine nicht öffentlichen Beschlüsse gefasst.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 12****Anfragen aus dem Gemeinderat**

Stadtrat Westhäußer bemängelt die **Berichterstattung im Schussenboten**.

Der Beitrag der CDU-Fraktion wurde zensiert.

Jetzt erscheint ein Bericht des SPD-Ortsvereins Bad Schussenried mit dem Thema „Gemeinderatsbeschluss aufheben“.

Hauptamtsleiter Bechinka entgegnet, dass man den Bericht aufgrund der Redaktionsstatuten abgelehnt habe; jedoch die Druckerei diesen abgedruckt habe, ohne vorher nachzufragen.

Bürgermeister Deinet bestätigt dies und entschuldigt sich dafür.

Stadtrat Frick von der Druckerei Frick gesteht, dass dieses ein Fehler ihrerseits war und entschuldigt sich dafür.

Nach kurzer Aussprache einigt man sich, die Sache so zu belassen und keine Gegendarstellung zu veröffentlichen.

Stadtrat A. Eisele bittet darum, ihm die Redaktionsstatuten zur Verfügung zu stellen.

Stadträtin Diesch verweist auf die Rückseite des **Nettomarktes** und bittet darum zu prüfen, ob hier **Müllablagerungen** stattfinden und diese ggf. beseitigen zu lassen.

Stadtrat Oberhaus fällt auf, dass der **Gehweg an der neuen Umgehungsstraße** in einer Wiese endet.

Bürgermeister Deinet sagt eine Klärung zu.

Stadtrat Dangel erkundigt sich nach der **Nachbesprechung der Großen Landesausstellung** mit Bad Buchau.

Bürgermeister Deinet teilt mit, dass bereits ein Vorgespräch stattgefunden habe und ein ausführliches Gespräch voraussichtlich im Sommer sei.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---

öffentlich!**§ 13****Anfragen aus der Bürgerschaft**

Es erfolgen keine Anfragen.

Niederschrift über die Verhandlungen und Beschlüsse des Gemeinderates	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.04.2017 Anwesend: Der Bürgermeister und 17 Stadträte, Normalzahl: 19 Beurlaubt: siehe Seite 1 Außerdem anwesend:
---	---